

Energie | 19.07.2022 | Lesezeit 2 Min.

Energiearmut: Wenn das Heizen arm macht

Die steigenden Preise für Heizen, Warmwasser und Strom machen den Verbrauchern hierzulande seit Monaten zu schaffen – vor allem jenen mit niedrigen Einkommen. Doch auch die Mittelschicht bleibt von den hohen Preisen nicht unberührt. Die Gefahr der Energiearmut wächst.

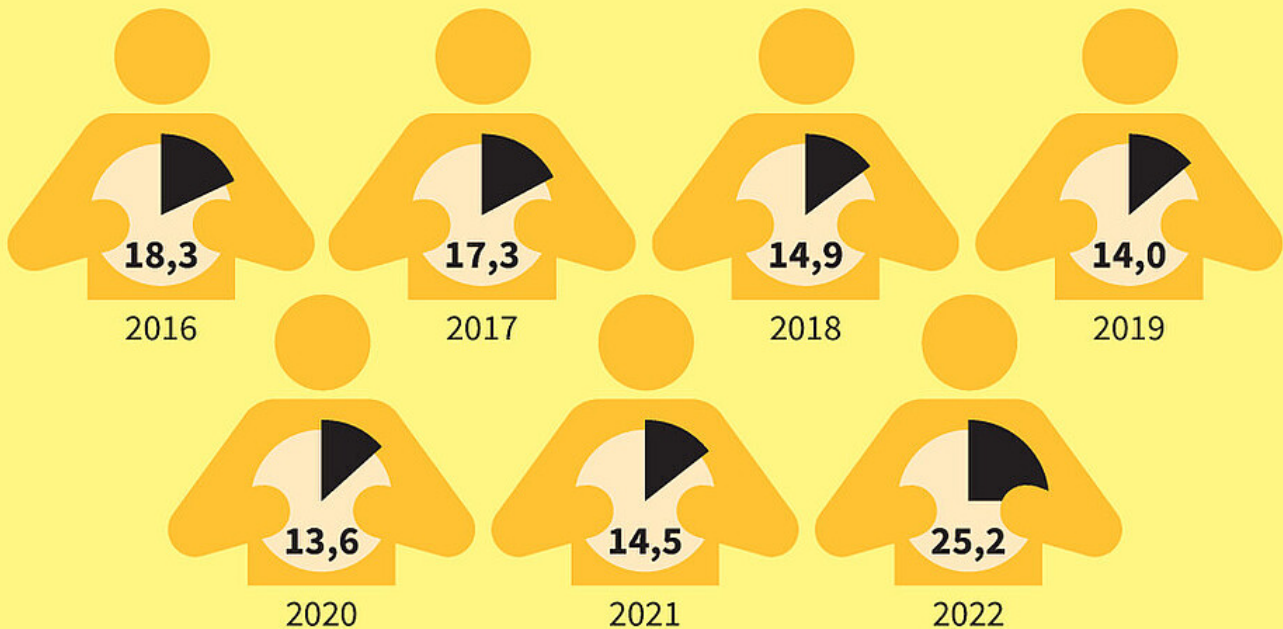
Ein dickes Plus von 23 Prozent bei Strom, 40 Prozent bei Erdgas und 100 Prozent bei Heizöl – so stark stiegen die Energiepreise seit 2020 bis zum Mai dieses Jahres laut Statistischem Bundesamt. Zur Angst vor einem kalten Winter kommen somit finanzielle Sorgen, wie eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Kantar im Auftrag des Bundesverbands der Verbraucherzentralen zeigt: Drei von vier Befragten befürchten, dass die steigenden Energiepreise sie in Zukunft finanziell belasten werden. Ende Januar, also kurz vor dem russischen Angriff auf die Ukraine, lag dieser Wert noch bei 62 Prozent.

Tatsächlich geben seit Monaten immer mehr Menschen einen immer größeren Teil ihres Einkommens für Heizen, Strom und Warmwasser aus. Benötigen Personen mehr als 10 Prozent ihres monatlichen Haushaltsnettoeinkommens für Energie – Kraftstoffe wie Benzin oder Diesel ausgenommen –, spricht man von Energiearmut (Grafik):

Der Anteil der von Energiearmut gefährdeten Personen in Deutschland ist von 14,5 Prozent im Jahr 2021 auf 25,2 Prozent im Mai 2022 gestiegen – ohne Berücksichtigung staatlicher Hilfspakete.

Energiearmut betrifft immer mehr Menschen

So viel Prozent der Bundesbürger mussten mehr als 10 Prozent ihres Nettoeinkommens für Energie (Heizen, Warmwasser, Strom) ausgeben



2021 und 2022: Haushaltsnettoeinkommen und Energieausgaben auf Basis von 2020 fortgeschrieben; 2022: Mai

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Nachdem ihr Anteil von 2016 bis 2020 aufgrund fallender Energiepreise kontinuierlich sank, waren 2021 mit Beginn der CO₂-Bepreisung für Erdgas und Heizöl bereits wieder etwas mehr Menschen von Energiearmut bedroht. Der starke Anstieg bis Mai 2022 ist allerdings hauptsächlich mit den steigenden Energiepreisen auf den Weltmärkten infolge des Ukraine-Kriegs zu erklären.

Seit Monaten geben immer mehr Menschen einen immer größeren Teil ihres Einkommens für Heizen, Strom und Warmwasser aus.

Im Schnitt läuft aktuell also mehr als ein Viertel der Deutschen Gefahr, die Ausgaben für Energie nur noch mit großen Kraftanstrengungen und Einsparungen an anderer Stelle stemmen zu können. Seit die Energiepreise durch die Decke gehen, sind zudem nicht mehr nur Bürger mit Einkommen von weniger als 60 Prozent des mittleren Haushaltsnettoeinkommens von Energiearmut betroffen: In der unteren Mittelschicht,

zu der jene Haushalte mit einem Einkommen zwischen 60 und 80 Prozent des Medianeinkommens zählen, muss bereits fast jeder Zweite mehr als 10 Prozent seines Haushaltsnettos für Energie ausgeben.

Angesichts dessen können Maßnahmen wie die Abschaffung der EEG-Umlage, die Energiepreispauschale und der Heizkostenzuschuss zur Entlastung der Bundesbürger sinnvoll sein.

Kernaussagen in Kürze:

- Seit Monaten geben immer mehr Menschen einen immer größeren Teil ihres Einkommens für Heizen, Strom und Warmwasser aus.
- Benötigen Personen mehr als 10 Prozent ihres monatlichen Haushaltsnettoeinkommens für Energie – Kraftstoffe wie Benzin oder Diesel ausgenommen –, spricht man von Energiearmut.
- Der Anteil der von Energiearmut gefährdeten Personen in Deutschland ist von 14,5 Prozent im Jahr 2021 auf 25,2 Prozent im Mai 2022 gestiegen – ohne Berücksichtigung staatlicher Hilfspakete.